Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

108. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unsern Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens i. s. Haus geliefert. Berliner Redaktion: In den Zelten 17, Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 497.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. ✦ Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M., Familien- u. kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf., Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 30 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr: Gesamtauflage 5 M. pro Tausend exkl. Postgebühr. Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Fliegel, Berlin W. 10, Margarethenstraße 5. Fernsprech-Anschluß: Lützow 6971.

Nr. 4. Sonnabend, den 3. Januar. 1914.

Das Wichtigste.

* In der gestrigen Leipziger Stadtverordnetensitzung wurden die bisherigen Vorsteher Justizrat Dr. Rothe, Justizrat Schnauß und Kommerzienrat Tobias wiedergewählt. (S. Bericht.)

* Das bulgarische Kabinett Radoslawow hat dem König seine Demission überreicht. (S. Ausl.)

* Bei Amagar ist ein neues russisches Seeminenboot gestrandet. Der Kapitän und vier Mann sind ertrunken. (S. Nachr. v. Tage.)

* Wie aus New York gemeldet wird, betragen die Verluste der mexikanischen Aufständischen und Bundestruppen bei Presidio mindestens 1000 Tote und Verwundete. (S. Ausl.)

Aufstieg.

Wir haben schon ausführlich über die Untersuchung berichtet, die D. Karl Helfferich, der Direktor der Deutschen Bank, zur Feststellung des deutschen Volkswohlstandes vornahm. Die von ihm in seinem Buche mitgeteilten Zahlen haben nicht nur bei uns, sondern auch im Auslande Aufsehen erregt. Es sei hier nur kurz an die wichtigsten Ergebnisse erinnert. Das deutsche Volkseinkommen beträgt nach Helfferich heute rund 40 Milliarden Mark jährlich, gegen 22—25 Milliarden Mark um das Jahr 1895. Von den 40 Milliarden werden jährlich etwa 7 Milliarden Mark, also nahezu ein Sechstel, für öffentliche Zwecke aufgewendet, etwa 25 Milliarden Mark dienen dem privaten Verbrauch, und etwa 8 bis 8½ Milliarden, die sich durch den automatischen Wertzuwachs des vorhandenen Vermögens auf 9½ bis 10 Milliarden Mark erhöhten, wachsen als Mehrung dem Volksvermögen zu, gegen etwa 4½ bis 5 Milliarden vor 15 Jahren. Das deutsche Volksvermögen beträgt heute mehr als 300 Milliarden Mark gegen rund 200 Milliarden Mark um die Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

In diesen Zahlen liegt ein außerordentlicher Fortschritt. Wir haben die am meisten in die Augen fallende Frucht der deutschen Arbeit vor uns, die indessen, was nicht vergessen werden darf, nie und nimmer erzielt worden wäre, wenn sich das Deutsche Reich nicht durch seine Kriegsmacht und gewaltige Opfer einen langen Frieden gesichert hätte. Das Staunen des Auslandes begreifen wir sehr gut. Es ist noch gar nicht lange her, daß nicht nur in der französischen Presse, sondern auch in der Kammer die deutschen Zustände als unhaltbar geschildert wurden. Man sprach von der Erschöpfung Deutschlands, von seiner Unfähigkeit, die neuen Lasten der Wehrvorlage auf sich zu nehmen und tröstete sich mit solchen Einbildungen über die eigenen Beängstigungen. Es mag wohl auch der Gedanke mitgespielt haben, das französische Volk zu der neuen äußersten Kraftanstrengung dadurch geneigter zu machen, daß man ihm einredete, in Deutschland stehe ja doch der Zusammenbruch vor der Türe, lange werde man also die eigene Last nicht mehr zu tragen brauchen. Nun ist aber Frankreich selbst in die größten Finanznöte hineingeraten, während in Deutschland die Erhebung des Wehrbeitrags ruhig vor sich gehen und auch die Vermögenszuwachssteuer ohne unüberwindliche Schwierigkeiten durchgeführt werden wird. Es wäre töricht, wenn wir uns einreden wollten, die neuen Lasten seien für unser Volk eine Spielerei. So stehen die Dinge nicht. Wir werden manche üble Nachwirkung in Handel und Wandel zu spüren bekommen. Aber das Wichtigste ist doch: wir werden nicht nur zurechtkommen, sondern haben auch alle Ursache, mit einer gesunden Gesamtentwicklung zu rechnen.

Der Pariser „Temps" hat sich beeilt, uns einen Dämpfer zu versetzen. Der „Temps" berechnet, daß die Vermehrung des deutschen Volksvermögens von 200 Milliarden Mark im Jahre 1890 auf 300 Milliarden Mark im Jahre 1913 angesichts der gleichzeitigen Zunahme der Bevölkerung von 49 auf 66 Millionen nur eine Steigerung des Durchschnittsvermögens für den Kopf um etwa 300 Mark nur etwa 6 Prozent bedeute. Das beweise, daß die ungeheure Arbeitsleistung Deutschlands zwar den Unterhalt für die Millionen der neu hinzugekommenen Einwohnerschaft habe beschaffen können, jedoch nicht ausgereicht habe, um die Deutschen reicher zu machen. Darauf entgegnet die „Köln. Ztg.": Die Rechnung des „Temps" wäre falsch, selbst wenn ihre Voraussetzungen richtig wären. Die 200 Milliarden Mark — oder um mit dem „Temps" zu rechnen: 250 Milliarden Franken auf die 49 Millionen Einwohner des Jahres 1890 ergeben ein Durchschnittsvermögen von 4082 Mark = 5102 Franken für den Kopf. Die 300 Milliarden Mark = 375 Milliarden Franken auf die 66 Millionen Einwohner des Jahres 1913 ergeben 4544 Mark = 5682 Franken. Die Vermögenszunahme auf den Kopf würde also 462 Mark = 580 Franken oder 11,3 Prozent betragen, nicht rund 375 Franken = rund 6 Prozent, wie der „Temps" berechnet. Die Wirklichkeit liegt jedoch für Deutschland noch günstiger. Der Vermögensbestand von 200 Milliarden Mark ist nicht für das Jahr 1890 berechnet, wie der „Temps" annimmt, sondern für das Jahr 1895, in welchem die Bevölkerung bereits 52 Millionen betrug. Das ergibt ein Durchschnittsvermögen von 3865 Mark auf den Kopf gegen 4500 Mark bis 4900 Mark, die Helfferich für 1912 berechnet hat. Die Zunahme des Durchschnittsvermögens in den 17 Jahren liegt also zwischen 635 Mark und 1035 Mark, oder zwischen 16,5 und 26,5 Prozent, gegenüber den 6 Prozent, die der „Temps" uns zubilligen will. Der Zuwachs des Durchschnittsvermögens auf den Kopf und das Jahr stellt sich für den 17jährigen Zeitabschnitt im Mittel auf etwa 1¼ Prozent. Zweifellos hat sich das Zeitmaß des Zuwachses beschleunigt. Nimmt man mit Helfferich für die letztverflossenen Jahre eine jährliche Zunahme des Gesamtvermögens um 10 Milliarden Mark bei einer gleichzeitigen jährlichen Bevölkerungsvermehrung um 800 000 Köpfe an, so ergibt sich ein jährlicher Zuwachs des Durchschnittsvermögens auf den Kopf um etwa 2 Prozent. Wir glauben nicht, daß Frankreich einen solchen Vermögenszuwachs auf den Kopf der Bevölkerung erreicht. Jedenfalls ist das durchschnittliche Einkommen auf den Kopf heute in Deutschland mit rund 640 Mark bereits höher als in Frankreich, wo es vor einigen Jahren auf nicht ganz 520 Mark berechnet wurde. Deutschland braucht also nicht, wie der „Temps" annimmt, auf das Aufhören der Bevölkerungszunahme zu warten, um reicher zu werden.

Vor allem aber übersieht der „Temps", daß es sich bei dem Problem der Kapitalkraft um eine Massenerscheinung handelt, die nicht ausschließlich nach Durchschnittsziffern auf den Kopf beurteilt werden kann. Wenn das Volksvermögen Frankreichs — nach Théry — vom Jahre 1892 bis 1908 von rund 200 auf rund 232 Milliarden Mark, dasjenige Deutschlands von 1895 bis 1912 von 200 auf 300 bis 320 Milliarden Mark zugenommen hat, und wenn heute das deutsche Volkseinkommen, das, vor 25 Jahren hinter dem französischen noch zurückstehend, 42 Milliarden Mark beträgt, das französische nicht viel mehr als 20 Milliarden Mark, so kommt in diesen Ziffern eine gewaltige Machtverschiebung zum Ausdruck. Wenn diese Machtverschiebung zum guten Teil auch auf der Vermehrung unserer Bevölkerung beruht, um so besser für uns! Denn in diesem Punkte sind trotz des — im Jahre 1912 übrigens zum Stillstand gekommenen — Rückgangs des Geburtenüberschusses unsere Zukunftsaussichten denjenigen unseres westlichen Nachbars bekanntlich in ganz besonderem Maße überlegen.

Die Mahnung der sozialdemokratischen Presse, nicht zu vergessen, daß es bei der Abschätzung des Volkswohlstandes nicht bloß auf die Endzahlen ankomme, sondern auf die Verteilung der Einkommen, auf das soziale Bild, ist natürlich berechtigt. Es wird der Mühe wert sein, auf diesen Punkt zurückzukommen, aber das steht schon längst fest: von einer Bereicherung der Reichen, die zusammenhinge mit einer gleichzeitigen wachsenden Verarmung der unteren Schichten, kann keine Rede sein. Mit der Verelendungstheorie ist nichts mehr anzufangen.

Der Reichstelegraph und die Schneetage.

Berlin, 1. Januar.

„Wenn der Winter über die Zäune steigt . . .", heißt es in dem alten deutschen Rechtsbuch, dem Sachsenspiegel, dann richtet er viel Unheil an. Der Schneesturm der letzten Tage des Jahres 1913 hat über das Riesennetz des deutschen Telegraphen- und Fernsprechwesens wieder einmal eine Katastrophe gebracht trotz der früheren Versicherungen der Postfachleute, daß man neuerdings den Schneestürmen gewachsen sei. Der Telegraphenverkehr hat außerordentlich gelitten. Von Berlin aus waren allein mehr als 180 Leitungen betriebsunfähig, einmal durch den Sturm selbst, dann aber auch durch die Schneemassen, die als dicke Eiskruste zwischen den Drähten einfroren und durch ihre Schwere die Drähte durchbrachen. Aber auch fast alle Telephondrähte, die noch oberirdisch Stadt und Land und Städte mit Städten verbinden, wurden zerstört oder doch zum mindesten gestört. Die Reichstelegraphenverwaltung verwies beruhigend auf die unterirdischen Kabel. Aber diese waren eben im Nu derart überlastet, daß man auch mit den dringenden und dringendsten Depeschen nicht „durchkam". „Zuerst kommen die Staatstelegramme!" ist die stereotype Antwort, wenn man ungeduldig wird. Theoretisch ist gegen diese Rangordnung zwar nichts einzuwenden, aber in praxi läuft doch sehr viel Unbilligkeit unter. Denn wie manche „dringende" Staatsdepesche dürfte ruhig auch morgen ankommen, während Handel und Wandel des privaten Publikums durch die Verzögerungen oft empfindlichen Schaden erleiden.

Vor einem Naturereignis steht man gewöhnlich mit stummer Resignation, weil man eben nichts machen kann. Die Elemente hassen das Gebild aus Menschenhand, und gegen höhere Gewalt kommt der kleine Mensch nicht auf. Aber es handelt sich doch hier um Mißstände, die sich durch technische Verbesserungen vermeiden lassen und die auf einzelnen Linien ja bereits vermieden sind. Die gewaltigen Störungen bei solchen Schneestürmen sind doch sozusagen ein „alter Schnee"; sie kehren jedes Jahr wieder und rufen jedesmal dieselbe Verwirrung des Verkehrs, aber auch dasselbe amtliche Achselzucken hervor. Herr Kraetke, der vielbestürmte Staatssekretär, hat seine Bureaus bereits daran gewöhnt, auf Anfragen und Beschwerden immer dasselbe zu erwidern, nämlich daß man alles tun werde, um die Störungen so rasch wie möglich zu beseitigen. Darunter wird aber immer nur die Wiederherstellung des früheren Zustandes verstanden, nicht etwa die gründliche Reform des gesamten Telegraphen- und Telephonwesens.

Der technische Laie, der sich über die Unzulänglichkeit der Einrichtungen beklagt, ist über die neuen Erfindungen und Möglichkeiten der Telegraphentechnik durch die Presse unterrichtet. Er weiß, daß wir technisch so weit sind, um sämtliche Telephondrähte, die jetzt noch oberirdisch neben den Eisenbahnen von Stadt zu Stadt laufen und in jedem Winter durch die Schneestürme gestört werden, unter der Erde geschützt als Kabel führen können, ohne daß die Verständigung leidet. Fast jeder hat schon von den Pupinspulen gehört, dieser epochemachenden Erfindung, auf der die ganze nächste Entwicklung der unterirdischen Fernsprechtechnik beruht. Während man früher für oberirdische Fernsprechleitungen tausend Kilometer als Grenze der Verständigung annahm, ist diese Möglichkeit jetzt auch für die unterirdischen Kabelleitungen erreicht. Der Laie also, dessen Existenz und geschäftlicher Wirkungskreis heutzutage mit Telegraph und Telephon so innig verwachsen ist, der Industrielle, der Kaufmann, die Börse, die Presse, fast alle Kreise und Schichten des Volkes erwarten, daß die Höhe der Technik auf die Praxis angewendet wird. Aber die Telegraphenverwaltung leistet Widerstand. Telegraph und Telephon sind bei uns nicht nur eine monopolistische, sondern leider auch eine bureaukratisierte Einrichtung, die zum Fortschritt und zur Verbesserung immer nur getrieben und gestoßen werden muß. Man erlebt es ja auch in anderen als in Schneesturmtagen, wenn die Handelskammern auf das Bedürfnis nach neuen Verbindungen hinweisen, die sich glänzend rentieren würden, daß das Reichsfinanzamt, vor den Anlagekosten erschreckend, den Posten im Etat einfach streicht, so wie man ein Museum oder eine Parkanlage wegläßt, und dann der Oberpostdirektion anheimgibt, die Achsel zu zucken und durchblicken zu lassen, daß das Publikum eigentlich viel zu viel telephoniere und telegraphiere, so wie einst der Eisenbahnminister Thielen erklärte, daß das Publikum eigentlich zu viel reise. Oder man zählt auf einer Linie die angemeldeten Ferngespräche in einer besonders ruhigen Stunde und beweist damit den Mangel des Bedürfnisses, so wie man die Handwerksburschen einst an der Landstraße gezählt hat, um die Ueberflüssigkeit neuer Eisenbahnlinien darzutun. Aus dieser unkaufmännischen, unpraktischen und verkehrsfeindlichen Aera müßten wir endlich einmal ganz herauskommen. Das Telephon- und Telegraphenwesen als Volkswirtschafts- und Kulturfrage zu betrachten und nicht als lästiges Stiefkind neben der Post, bei der mehr verdient werde (was auch nur eine kurzsichtige Meinung ist), dahin muß die Verwaltung von der öffentlichen Meinung gebracht werden. Dann wird es aber auch nicht schwer sein, die Verbesserungen und Schutzvorrichtungen allgemein durchzuführen, mit denen der Reichstelegraph den schlimmsten Schneetagen des Jahres gewachsen ist.

Politische Uebersicht

Zur inneren Krisis.

München, 2. Januar.

Das Organ der bayrischen Staatsregierung, die „Bayerische Staatszeitung", veröffentlicht heute einen politischen Neujahrsartikel, in dem es u. a. heißt: „Politiker verschiedener Richtungen rechnen im kommenden Jahre mit einer Verschärfung der innerpolitischen Lage im Reiche. Im Interesse eines gedeihlichen Fortganges unserer Friedensarbeit ist es zu wünschen, daß diese politische Sturmanlage sich nicht bestätigt. Es ist nicht einzusehen, warum die Mißverständnisse, welche kurz vor Weihnachten sich zwischen Kanzler und Reichstag aufgetan haben, im Jahre 1914 ihren Stempel aufdrücken sollen. Kein ruhig Denkender wird behaupten, daß nun die Arbeit von vier Jahrzehnten im Reichslande zunichte gemacht worden sei. An dem Ernste der Frage, um die es sich bei der Erörterung um Zabern handelt, sollte nicht gerüttelt werden, aber das schließt nicht aus, daß eine Lösung gefunden wird, welche zeigt, daß die Vertreter der bürgerlichen Kreise im Reichstage über den Zwiespalt eines Tages nicht des Vertrauens vergessen, welches sie dem Kanzler bei der Bewilligung der Heeresvorlage gezeigt haben." Das Regierungsorgan verweist dann darauf, daß auch in Bayern die Gemüter vielfach auf Kampf gestimmt sind, und erklärt, daß die bayrische Regierung allen jenen die Hand bieten werde, die mit ihr im gemeinsamen Interesse des Vaterlandes sich auf dem politischen Kampffelde zusammenfinden.

Die Bedrohung der deutschen Viehbestände durch neue Seuchenausbrüche.

Das weitere Anwachsen der Maul- und Klauenseuche sowie der Schweineseuche in Deutschland, die einen bedrohlichen Umfang anzunehmen scheint, wird dadurch belegt, daß nach dem jetzt erschienenen amtlichen Ausweis wieder 140 Gemeinden und 431 Gehöfte von der Maul- und Klauenseuche neu befallen, während nicht weniger als 669 Gemeinden und 1172 Gehöfte von der Schweineseuche und Schweinepest neu betroffen wurden. Namentlich durch die Ausbreitung der Schweineseuche und Schweinepest ist eine schwere Beeinträchtigung der Schweinehaltung zu befürchten. Das Anwachsen der Maul- und Klauenseuche ist um so empfindlicher, als sie Ende Oktober so gut wie erloschen war. Es waren nur 5 Bezirke in ganz Deutschland von ihr befallen. Im ganzen sind jetzt wieder 112 Kreise, 260 Gemeinden und 941 Gehöfte von der Maul- und Klauenseuche befallen, darunter viele Grenzbezirke, wie Düsseldorf, Aachen, Königsberg, Allenstein, Danzig, Marienwerder. Ferner in Bayern, Mittelfranken und Schwaben, in Sachsen die Amtshauptmannschaft Bautzen, Leipzig und Zwickau. In Württemberg ist nur der Jagstkreis frei, und ganz besonders schwer ist in Baden Konstanz betroffen. Ebenso ist das ganze Gebiet von Elsaß-Lothringen bereits verseucht. Hieraus ist wohl abzuleiten, daß trotz der angeordneten scharfen Vorbeugungsmaßnahmen die Einschleppung aus den Grenzländern Rußland, Oesterreich-Ungarn, aus der Schweiz, Frankreich und Belgien zugenommen hat. In Konstanz sind allein 175 Gehöfte neu verseucht, in Lothringen z. B. 43, in Allenstein 26, in Marienwerder 41, in Königsberg 4. Frei von der Maul- und Klauenseuche sind bisher u. a. der Stadtkreis Berlin, der Bezirk Stettin, Stralsund, Erfurt, die Provinz Hannover, Westfalen und Hessen-Nassau geblieben. Auch die Bezirke Köln, Koblenz, Trier und Sigmaringen sind nicht verseucht. Das gleiche gilt von den Hansastädten. In noch viel weitgehenderem Maße hat sich die Schweinepest wiederum ausgebreitet. Im ganzen sind jetzt 565 Kreise, 2616 Gemeinden und 3875 Gehöfte von der Seuche befallen. Frei sind nur der Bezirk Aurich und Sigmaringen, in Württemberg der Donaukreis, in Baden Konstanz, ferner die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß, Lübeck sowie Koburg und Birkenfeld (Oldenburg). Es besteht hier der begründete Verdacht, daß durch die verspätete oder ganz unterlassene Anzeige und durch die Versendung von kranken oder angesteckten Tieren ein beträchtlicher Teil der Neuausbrüche der Schweinepest verursacht worden ist.

Der Ausbau unserer Flotte im ersten Halbjahr 1914.

Das erste Halbjahr 1914 wird zunächst den Stapellauf des letzten Schiffes der König-Klasse, des „Ersatz Brandenburg" bringen, der auf der Germaniawerft in Kiel seiner Vollendung entgegengeht. Es ist das letzte Großlinienschiff, das mit 10- bis 30,5-Zentimeter-Geschützen bestückt wird. Die weiter noch auf Stapel liegenden Großlinienschiffe „Ersatz Wörth" und „T", die im Etat 1913 angefordert wurden und bei Schichau (Danzig) und Howaldt (Kiel) gebaut werden, werden mit 8- bis 38,1-Zentimeter-Geschützen bestückt werden. Weiter ist nach Bewilligung des Etats 1914 mit dem Beginn des Neubaus „Ersatz Kaiser Friedrich III." zu rechnen. Die bereits von Stapel gelaufenen drei Schiffe der König-Klasse („König", „Großer Kurfürst" und „Markgraf") werden im Ausbau weiter gefördert, so daß sie im Sommer 1914 dienstbereit sind. Neue Panzerkreuzer werden im ersten Halbjahr 1914 nicht von Stapel laufen, da mit dem „Ersatz Hertha", der auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven gebaut wird, erst im Sommer 1913 begonnen wurde. „Lützow" und „Derfflinger" werden im Ausbau gefördert, so daß letzterer gleichfalls Sommer 1914 dienstbereit sein kann. Beide Schiffe sollen die verstärkte Armierung von 8- bis 30,5-Zentimeter-Geschützen aufweisen. Die Vergebung eines weiteren Panzerkreuzers („Ersatz Viktoria Luise") ist zu erwarten. Von den auf Stapel liegenden kleinen Kreuzern steht zunächst der Ablauf des „Ersatz Irene" bevor, der auf der Weserwerft gebaut wird und der im Sommer 1912 in Angriff genommen wurde. Als ein Schwesterschiff der im Oktober abgelaufenen „Graudenz" wird es die gleichen Abmessungen und die gleiche Bestückung wie dieses Schiff aufweisen. Außerdem befinden sich noch die kleinen Kreuzer „Ersatz Hela" und „Ersatz Gefion" auf der Kaiserlichen Werft in Kiel und beim Vulkan (Stettin) auf Stapel als Schiffe des Etats 1913. Ihr Stapellauf dürfte voraussichtlich erst im zweiten Halbjahr 1914 erfolgen. Für 1914 wird außerdem die Vergebung von zwei weiteren kleinen Kreuzern („Ersatz Gazelle" und „Ersatz Niobe") vorgesehen. Im Herbst 1913 ist weiter auf der Kaiserlichen Werft in Danzig das „Kanonenboot C" auf Stapel gelegt worden, das im Sommer 1915 fertiggestellt werden soll. Der Torpedobootsausbau erstreckt sich auf die Vulkan-Boote V 25 bis V 30 und die Schichau-Boote S 31 bis 36, die mit 2- bis 8,8-Zentimeter-Geschützen und vier Maschinengewehren bestückt werden sollen. Weiter ist laut Etat 1914 die Inbaunahme von 12 neuen Torpedobooten vorgesehen. Im Laufe des Frühjahrs soll eine zweite Flottille von Unterseebooten nach Fertigstellung der vierten Halbflottille formiert werden und die Hochseeflotte erhält am 1. April eine neue bedeutungsvolle Verteilung durch Verlegung des 1. Geschwaders und des Verbandes der Aufklärungsschiffe nach Wilhelmshaven, wo dann 13 Großkampfschiffe und 13 kleine Kreuzer stationiert sein werden. Das 2. und 3. Geschwader kommen nach Kiel.

SLUB
Wir führen Wissen.